

Erzgebirgischer Volksfreund

Tageblatt • enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft und der Staatsbehörden in Schwarzenberg, der Staats- u. k. k. Behörden in Schwarzenberg, Coburg, Neustadt, Grünhain, sowie der Finanzämter in Aue und Schwarzenberg.

Es werden außerdem veröffentlicht: Die Bekanntmachungen der Stadträte zu Aue und Schwarzenberg und der Amtsgerichte zu Aue und Johanngeorgenstadt.

Verlag C. M. Gärtner, Aue, Erzgeb.

Druckerei: Nos 51 und 52, Löhrl (Wirt Aue) 440, Schwarzenberg 10, Schwarzenberg 551, Coburg/Grünhain: Volkshaus-Druckerei.

Maßgebend für die am Nachmittage erscheinende Nummer bis vorläufig 9 Uhr in den Hauptstädten. Eine Gebühr für die Aufnahme der Anzeigen am nachfolgenden Tage sowie an bestimmten Tagen (Sonntage) wird nicht erhoben, auch nicht für die Abdruckung der durch den Verleger selbst besorgten Anzeigen. — Für Rücksendung von Anzeigen keine Verantwortung. — Nachdruckungen des Inhalts ohne schriftliche Genehmigung des Verlegers sind strafbar. — Bei Zahlungsvorgängen gelten die üblichen Zahlungsbedingungen. — Hauptgeschäftsstellen in: Aue, Coburg, Schwarzenberg, und Schwarzenberg.

Der „Erzgebirgische Volksfreund“ erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach Sonn- und Feiertagen. Der Preis für die 36 zum dreimaligen Anzeigenpreis im Monatsblatt (12 3/4) beträgt 25, für die 90 zum dreimaligen Anzeigenpreis 50, auswärts 100, für die 90 zum dreimaligen Anzeigenpreis 55, auswärts 105. — Die Redaktion: Aue, Erzgeb. Nr. 12225. — Geschäftsstelle: Aue, Erzgeb. Nr. 25. — Fernschreiber: Aue 51 und 52, Löhrl (Wirt Aue) 440, Schwarzenberg 10, Schwarzenberg 551, Coburg/Grünhain: Volkshaus-Druckerei.

Nr. 267.

Dienstag, den 17. November 1925.

78. Jahrg.

Die Beschlüsse der Botschafterkonferenz.

Vermutungen über die Rückwirkungen. — Optimistische Trinksprüche und Reden. Der Deutschnationalen Parteitag lehnt ab.

Noch ehe die Beschlüsse der Botschafterkonferenz über die Rückwirkungen von Locarno veröffentlicht worden sind, ist die Offensive für die Verträge in vollen Gang gebracht worden. Durch Verhandlungen, Reden, Trinksprüche und Preisfeste wird der Boden für die Beratungen des Reichstags so vorbereitet worden, daß an einer Annahme der Verträge nicht mehr zu zweifeln ist. Die sozialdemokratische Fraktion, die zunächst ins Land hinausgeschrien hat, sie wolle die Deutschnationalen „nicht aus der Verantwortung entlassen und im Falle der Ablehnung durch diese Partei gleichfalls ablehnen“, ist umgefallen. Sie wird, trotz der Opposition der Leute um Levi, recht brav für Locarno stimmen. Die Deutschnationalen sind, soweit bisher bekannt ist, auf ihrem Parteitag am Sonntag über die Bedenken weiter ihnen nahesteher Kreise hinweggegangen und haben sich gegen Locarno entschieden. Ob sie bei der Abstimmung Fraktionszwang ausüben werden, ist noch nicht bekannt, jedenfalls wird die Mehrzahl der Abgeordneten sich nach dem Votum des Parteitages richten. An einen Wiedereintritt in die Regierung ist kaum noch zu denken, so daß die Hoffnungen vieler auf die Erhaltung der nationalen Front ausgegeben werden müssen. Das Zentrum will auf „absehbare Zeit“ nichts von einer Zusammenarbeit mit den Deutschnationalen wissen, wie auf seinem Parteitag in Kassel zum Ausdruck kam. Seine Wünsche begeben sich in dieser Hinsicht mit denen der Deutschnationalen. Dabei darf nicht vergessen werden, daß dem Reichstagsflügel, der sich diesmal durchgesetzt hat, eine starke Opposition gegenübersteht, die zwar augenblicklich an die Wand gedrückt ist, aber die Hoffnung, wieder nach oben zu kommen, nicht aufgibt.

So kommt es, daß ein durch und durch unsicherer Weltfrieden mit einem Wiederaufleben des inneren deutschen Unfriedens bezahlet werden wird. Wo die größeren Chancen für die Zukunft liegen, kann heute niemand sagen. Uns scheint es vorläufig, als ob ein solcher Weltfrieden recht teuer erkaufte worden wäre.

Was die Botschafterkonferenz beschloß.

Paris, 15. Nov. Das offizielle Communiqué über die Sitzung der Botschafterkonferenz lautet: Infolge der Mitteilungen, welche die Botschafterkonferenz von der deutschen Regierung erhalten hat, trat sie nachmittags um 5 Uhr zu einer Sitzung zusammen. Im Verlauf dieser Sitzung hat die Konferenz beschlossen, sofort eine Note an die deutsche Regierung zu richten, in der sie die Änderungen bekannt gibt, welche die Alliierten im Regime der besetzten Rheinlande eintreten zu lassen gewillt sind. Andererseits hat die Botschafterkonferenz Kenntnis von den Antworten der deutschen Regierung hinsichtlich der noch kritischen Entwaffnungsfragen genommen und ist zu der Ansicht gelangt, daß diese Mitteilung geeignet ist, nunmehr zu ermöglichen, zur Räumung der Kölner Zone zu schreiten. Die Botschafterkonferenz hat deshalb beschlossen, den 1. Dezember als den Zeitpunkt zu bestimmen, an dem diese Räumung beginnen wird. Die Botschafterkonferenz hat dem deutschen Botschafter sofort von ihrem Beschluß Mitteilung gemacht. Sie wird am Montag wieder zusammentreten, um den Wortlaut der Note festzustellen, durch welche der deutschen Regierung Mitteilung von den heute gefaßten Beschlüssen gemacht wird.

Wie die „Rückwirkungen“ aussehen sollen.

Paris, 15. Nov. Die Presse veröffentlicht Einzelheiten über den gestrigen Beschluß der Botschafterkonferenz. Was die Räumung der Kölner Zone betrifft, hat die Botschafterkonferenz unter Mitwirkung von Marshall Foch beschlossen, daß die Räumung der Kölner Zone am 1. Dezember beginnen soll. Der Entschluß, in dem sie durchgeföhrt sein soll, wird in der morgen nachmittags stattfindenden Beratung der Botschafterkonferenz festgesetzt. Er werde wahrscheinlich im Januar liegen. Was die Konzeptionen betrifft, die in der Frage des Besatzungsregimes beschlossen wurden und über die dem deutschen Botschafter v. Hoersch gestern bereits eine Note übermittelte wurde, so beziehen sie sich auf die folgenden Fragen: 1. Der deutschen Reichsregierung ist die Ernennung eines

Reichskommissars für das besetzte Gebiet in der Person des früheren Botschafters in Madrid, Frhr. Langwerth v. Simmern, zugestanden worden. 2. Die Zahl der Ordonanzen für das besetzte Gebiet wird von 300 auf 30 herabgesetzt. 3. Die Befugnisse der deutschen Gerichte werden erheblich ausgedehnt. Die Kompetenz der Kriegsgerichte wird eingeschränkt auf Vergehen, die ihnen ihrer Natur nach zukommen. 4. Die Einmischung der Alliierten in die deutsche Verwaltung beschränkt sich ausschließlich auf die notwendigen Maßnahmen für die Sicherheit der Truppen. 5. Es werden weitestgehende Amnestiemaßnahmen erfolgen. 6. Es wird auch eine Revision der Urteile der Kriegsgerichte in Aussicht genommen. 7. Die öffentlichen Gebäude werden freigegeben, und die Zahl der Truppen wird wesentlich herabgesetzt werden.

Väterlichkeiten?

Was Frankreich fordert.

Paris, 15. Nov. Der Korrespondent der Agence Havas in London glaubt über den Inhalt der vor einigen Tagen überreichten deutschen Antwort einiges mitteilen zu können und will aus alliierter Quelle aus Paris Andeutungen erhalten haben über die Bemerkungen, die der Reichsregierung übermittelte worden sind. Diese seien folgende:

1. Der Vertrag von Versailles erkenne keinen Oberbefehlshaber der deutschen Armee an und lasse als höchsten Grad in der deutschen Armee den des Armeekorpsführers zu, für den zwei Titelnhaber vorhanden seien. Die deutsche Armee sei unter den Oberbefehl des Kriegsministers gestellt worden. Dieser Zustand sei durch das Gesetz von 1919 gutgeheißen worden. Allerdings sei dieses Gesetz im Sinne der jetzigen Organisation umgeändert worden. Die Alliierten verlangten die Rückkehr zum Gesetz von 1919. Der große Generalstab dürfe nur seine technischen Befugnisse behalten und keine andere Organisation als sein technisches Personal haben, während die Armeekorpsführer direkt dem Kriegsministerium unterstehen müßten. Die Alliierten verlangten außerdem, daß diese Änderungen durch ein Gesetz bestätigt würden.

2. Die Alliierten wünschten, daß das Versprechen, Sport- und anderen Vereinen zu verbieten, eine militärische Ausbildung zu pflegen, durch ein Gesetz bestätigt werde.

Punkt 3 betrifft das Vorhandensein von illegalen Waffen und Kriegsgeschäften. Die Alliierten nehmen die deutschen Erklärungen zur Kenntnis.

Punkt 4 betrifft die Geschäfte der Festung Königsberg. Die Alliierten lassen die technischen Erwägungen der Deutschen zu und erheben keine Einwendungen.

5. Die Alliierten blieben dabei, daß die Polizei nicht eine zweite Armee bilden dürfe, die die Reichswehr verhärtet, was sich aus ihrer militärischen Organisation, ihrer Bewaffnung, ihren Abers und ihrem Kommando ergebe. Die Polizei nehme nur Verpflichtungen auf zwölf Jahre an; danach gingen die Angehörigen der Polizeitruppe zur Ordonnanz oder zur Gendarmerie über und bildeten eine Reserve der zweiten Armee, die durch die Staatspolizei gebildet werde. Die Alliierten wünschten nun, daß dieser Zustand geändert werde, und beständen besonders darauf, daß die Engagements der Leute für die Polizei auf Lebenszeit abgeändert würden und daß die Zahl der kasernierten Polizeimannschaften nicht 35 000 überschreite.

„Tendenzlose Darstellung“.

Berlin, 15. Nov. Die Meldung des Londoner Havas-Korrespondenten gibt der „Täglichen Rundschau“ Veranlassung zu folgenden Bemerkungen: „Das alles sind Väterlichkeiten, wie ja auch die Entwaffnungsnote, mit der die Alliierten das Unrecht der Räumung der Kölner Zone zum vertragmäßig vorgesehenen Termin zu beschönigen suchten, den Charakter der schnüffelnden Kleinlichkeitskrämerei trug. Daß es betrübend ist, wenn auch nach Locarno diese Politik der Radeckische fortgesetzt wird, hat selbst ein Blatt wie die Londoner „Times“ hervorgehoben, in dem sie schrieb, daß eine solche Politik nichts nütze, sondern nur wehe tue und verbittere, statt den Geist des Friedens zu fördern. Im übrigen müßte zu der Veröffentlichung der Agence Havas bemerkt werden, daß zwischen der deutschen und den anderen Regierungen abgemacht worden ist, keinerlei vorzeitige Veröffentlichungen über diese Frage vorzunehmen. Die deutsche Regierung wird sich an diese Abmachungen halten, auch wenn an anderen Stellen, wie es scheint, die Vereinbarung nicht in der gleichen Weise eingehalten wird.“ Wie wir weiter von zuverlässiger Stelle erfahren, sind die von Havas veröffentlichten einzelnen Punkte der deutschen Antwortnote sowie der Standpunkt der Alliierten dazu außerdem tendenzlos dargestellt.

Amfliche Anzeigen.

Die Sitzung für die Rüppelschule zu Schwarzenberg ist vom Wirtschaftsausschuß am 28. Oktober 1925 genehmigt worden; sie liegt 14 Tage lang, vom Tage der Bekanntmachung ab gerechnet, zu jedermanns Einsicht im Stadthaus 1 — Hauptplatz — öffentlich aus.

Schwarzenberg, am 13. November 1925. Der Rat der Stadt.

Schöne Veröhnungsreden.

London, 15. Nov. Auf dem Botschafterabend des Londoner Pressclubs brachte der Vorsitzende des Clubs einen Trinkspruch auf die Botschafter und Gesandten aus, worauf der belgische Botschafter Baron de Roncheur erwiderte. Er sagte: „Wir haben den Wendepunkt in der Geschichte erreicht. Die Konferenz von Locarno ist die Krönung der Bemühungen der letzten sieben Jahre, Europa den Frieden zu geben. Wir dürfen hoffen, daß der Rhein, der so lange eine Grenze voller Drohungen und Gefahren war, künftig der friedliche Weg sein wird, der den Verkehr zwischen den Nationen des Westens ermutigt. Wenn die Konferenz von Locarno zu einem Pakt geführt hat, von dem ich hoffe, daß er die Friedensurkunde für die Welt werden wird, so ist dies zu danken dem Geiste der Aufrichtigkeit, des gegenseitigen Vertrauens und der lebhaften Entschlossenheit, den Frieden zu sichern, der alle an dem Werke beteiligten hervorragenden Staatsmänner besetzte.“ — Der französische Botschafter de Fleuriau sagte kurz und herzlich: „Ich schlicke mich diesen Worten an.“ — Botschafter Du four-Feronce als Vertreter des erkrankten Botschafters Dr. Stamer dankte für die Bezugnahme des Vorsitzenden auf den deutschen Botschafter und sprach dessen Bedauern darüber aus, am Erscheinen verhindert zu sein. Unter allgemeiner Heiterkeit der Anwesenden bemerkte dann der Botschafter bezugnehmend auf die Liebesbescherzene bei dem Guildhall-Bankett: „Es war nicht der Liebesbescher, sondern eine andere Mikrobe, die den Botschafter erkrankte ließ und bittlerig machte.“ Der Botschafter führte weiter aus, die deutsche Regierung hoffe aufrichtig, daß der Pakt von Locarno zu einem wirklichen Frieden führen werde. — Lord Cecil führte aus: „Locarno ist ein neuer Ausgangspunkt. Viele Konferenzen wurden einberufen, um den Frieden zu machen, aber sie waren alle dazu bestimmt, den Frieden aufzuheben. Die Konferenz von Locarno soll eine Vereinbarung zur Verhinderung von Kriegen zustandebringen. Kein Teil der dortigen Verhandlungen war gegen irgendeine Macht oder irgendeinen Teil der Welt gerichtet. In Locarno gab es nur einen einzigen Feind: den Krieg.“

Eine Rede Stresemanns.

Duisburg, 15. Nov. Anlässlich einer von der Deutschen Volkspartei veranstalteten Versammlung führte Reichsaussenminister Dr. Stresemann u. a. aus: Der Vertrag von Locarno entspreche den Grundlinien der Note der deutschen Regierung vom 20. Juli, und deshalb hätten die Deutschen auch das Recht der Ratifizierung für sich in Anspruch nehmen müssen. Die deutsche Initiative sei erfolgt, um den Bestrebungen entgegenzuwirken, die bereits im Versailler Vertrag als Ersatz für die belgische Neutralität ein einseitiges Abkommen der Alliierten vorgesehen hätten. Nach Locarno habe eines der ungeschicktesten und verbreitetsten französischen Blätter davon gesprochen, daß England und Frankreich sich allein verständigt hätten, wenn sie mit Deutschland nicht zur Verständigung gekommen wären. Einer der Hauptgeheimnisse des Vertrages von Locarno liege in der Ersetzung einer gegen Deutschland gerichteten Entente durch einen gegenseitigen Vertrag, der auch Deutschland Schutz und Sicherheit gewähre. Die große fortwirkende Bedeutung von Locarno liege in der Notwendigkeit des Zusammenwirkens der europäischen Wirtschaft, die samt und sonders unter den Wirkungen des Krieges gelitten hätte. Die Erkenntnis von der Notwendigkeit europäischer wirtschaftlicher Zusammenarbeit habe dem Vertrage von Locarno die Wege gebnet. Man müsse hoffen und daran arbeiten, daß dieser Gedanke auch in Zukunft seinen Boden in Europa finde und sich auswirke in einer Politik friedlicher Zusammenarbeit der Völker. Die Reichsregierung werde morgen über die Note zu beraten haben, die von den alliierten Regierungen eingegangen sei, und die Erleichterungen für das Rheinland enthalte und ferner die endgültige Räumung der nördlichen Rheinlandzone ankündige. Auf Grund des bisherigen Ganges der Verhandlungen könne er nur sagen, daß das Vertrauen, welches die deutschen Delegierten dem Worte von Briand, Chamberlain und Vandervelde entgegengebracht hätten, in keiner Weise erschüttert worden sei. Wenn die Reichsregierung ihrerseits zu der Auffassung komme, das ja zu dem vorliegenden Gesamtwerk auszusprechen, und das deutsche Volk auffordere, hinter diese Entscheidung zu treten, so müsse man trotz allem, was vorangegangen sei, hoffen, daß unter Hintansetzung aller neuen politischen Erwägungen das deutsche Volk in seiner überwiegenden Mehrheit in dieser wichtigsten außenpolitischen Frage hinter die Regierung trete.